

Sitzungsgeld bleibt bei 25 Euro

Diskussionen gibt es in Döhlau um die Entschädigung für die Räte. Unverändert ist auch der Verfügungsrahmen des Bürgermeisters für Bauvorhaben.

Von Sandra Langer

Döhlau – „Über das Jahr 2020 wird noch lange geredet werden“ – dies hat Döhlau neuer Bürgermeister Marc Ultsch in der konstituierenden Sitzung des Gemeinderates prophezeit. Das Coronavirus habe gezeigt, wie schnell das gewohnte Leben vorbei sein könne. Es sei nun Aufgabe des neuen Gemeinderates, die Gemeinde bestmöglich aus der Krise zu führen. „Das wird keine leichte Aufgabe für uns. Aber ich bin mir sicher, dass wir das gemeinsam schaffen“, sagte Ultsch.

Neben Marc Ultsch als neuem Bürgermeister wurden fünf neue Gemeinderatsmitglieder vereidigt: Christof Angetter (CSU), Sarah Degelmann (SPD), Christine Lauterbach (SPD), Claus Lindner (PFG) und Karin Schnabel (SPD). Darüber hinaus wurde Bürgermeister Ultsch zum Standesbe-

amten für Eheschließungen und die Begründung von Lebenspartnerschaften bestellt. Das Gremium beschloss, wie bisher einen zweiten und einen dritten Bürgermeister zu wählen, beide ehrenamtlich. Zweiter Bürgermeister wurde erneut Rainer Pöllath (PFG), der dieses Amt bereits innehatte; er erhielt 14 von 17 Stimmen. Günter Popp (CSU) wurde mit 17 Stimmen zum dritten Bürgermeister gewählt. In beiden Fällen gab es keine weiteren Kandidaten.

Beim Erlass der Satzung hielt man sich auf Vorschlag der Verwaltung im Wesentlichen an die Mustersatzung des Bayerischen Gemeindetags. Lediglich der Punkt des Sitzungsgeldes für die Gemeinderatsmitglieder wurde kontrovers diskutiert. Fritz Walther (CSU) schlug vor, sich an der Gemeinde Oberkotzau zu orientieren und ein pauschales Sitzungsgeld von 29 Euro pro Gemeinderatssitzung festzulegen, das gemäß der Tarifierhöhungen im Beamten-Tarifrecht regelmäßig angepasst werden sollte. Für die Teilnahme an Ausschusssitzun-

gen empfahl Walther eine Entschädigung von 15 Euro pro angefangener Stunde. Das sei eine moderate und vertretbare Erhöhung.

Udo Köppel (SPD) widersprach. Er halte die bisherige Summe von 25 Euro für eine Gemeinderatssitzung sowie eine Pauschale von 20 Euro pro Ausschusssitzung für ausreichend. Dem schloss sich Rainer Pöllath (PFG) an: „Wir sollten nicht vergessen, dass es sich um eine ehrenamtliche Tätigkeit handelt und dass wir gerade in diesen Zeiten kein falsches Signal an die Bürger senden sollten.“ Auch eine Kopplung an Tarifierhöhungen hält Pöllath für unglücklich, weil dadurch nur zusätzlicher Verwaltungsaufwand und „krumme“ Beträge entstünden.

Ulrich Katzer (CSU) gab zu bedenken, dass man sich ohnehin im Vergleich zu anderen Gemeinden mit der Höhe der Sitzungsgelder am unteren Rand bewege und er deshalb nicht davon ausgehe, dass die Bürger eine Erhöhung unangemessen finden könnten. Bürgermeister Marc

Ultsch verlas schließlich Summen aus 19 vergleichbaren Gemeinden, die zwischen 15 Euro (eine Gemeinde) und 30 Euro (drei Gemeinden) pro Gemeinderatssitzung ansetzen. Für die Ausschüsse lagen die Beträge zwischen null (zwei Gemeinden) und 30 Euro (drei Gemeinden). Das Gremium beschloss daraufhin einstimmig Pauschalen von 25 Euro für Gemeinderatssitzungen und 20 Euro für Ausschusssitzungen.

Beim Erlass der neuen Geschäftsordnung wurde der Verfügungsrahmen des Bürgermeisters für Bauvorhaben nicht, wie von der Verwaltung vorgeschlagen, von 10000 auf 15000 Euro erhöht. Ulrich Katzer merkte an, dass er die bisherige Summe für ausreichend halte, zumal auf die Kommunen finanziell schwierige Zeiten zukommen und ein Kontrollgremium nicht schaden könne. Die anderen Gemeinderatsmitglieder schlossen sich dem an.

Das gleiche Argument brachte Katzer hinsichtlich des Verfügungsrahmens für Ausgaben von Dringlich-

keit vor. Seiner Meinung nach reichen die bisher veranschlagten 10000 Euro aus. Die Mustersatzung sah eine Erhöhung auf bis zu 19000 Euro vor; die PFG empfahl 15000 Euro. Dieser Empfehlung schlossen sich 14 Gemeinderäte an; zwei stimmten dagegen.

Bürgermeister Marc Ultsch informierte noch über den Baufortschritt der Kreisstraßen-Sanierung, wegen der aktuell die Ortsdurchfahrt noch gesperrt sei. Die Bushaltestelle am Wiesenweg sei nachts schlecht ausgeleuchtet, hier werde bald Abhilfe geschaffen. Außerdem hole man derzeit Angebote für eine Reparatur der Straßenbeleuchtung am Containerstellplatz am Rathaus ein. Die Auswertungen der Firma, die man wegen der wiederkehrenden Vermüllung der Containerplätze beauftragt hatte, seien ans Landratsamt gegeben worden, das nun prüfe, ob eine Videoüberwachung der Containerstellplätze rechtens ist.

Fritz Walther hakte nach, ob es zu den vier Anträgen, die die CSU-Fraktion bereits eingebracht hat, schon Informationen gebe. Bürgermeister Ultsch bat um Geduld. In der Kürze seiner Amtszeit habe er noch keine Stellungnahmen erarbeiten können; die Themen werden aber in der nächsten Sitzung behandelt.



Rainer Pöllath



Günter Popp



Ch. Lauterbach



Christof Angetter



Claus Lindner



Karin Schnabel



S. Degelmann